

Jürgen Schmitt

TU Chemnitz, Institut für Soziologie, Regionalforschung und Sozialplanung

Die Community der Intermediären. Inklusion und Exklusion im intermediären Feld am Beispiel eines ostdeutschen Stadterneuerungsprozesses.

Referat auf der Tagung „Lokale Politik und Bürgergesellschaft“ des Arbeitskreises Lokale Politikforschung der DVPW in Heppenheim März 2001 (Endfassung)

Mein Beitrag basiert auf einer Feldforschung in einem Chemnitzer Projekt der Stadtteilarbeit und der Titel umreißt Feld, Gegenstand und Perspektive der Forschung. Im Verlaufe des Vortrages werde ich diese Elemente der Forschung darstellen und dabei nach und nach auch die im Titel verwendeten Begriffe erläutern. Ablauf:

- Zunächst werde ich kurz darstellen, aus welcher Sichtweisen auf die Entwicklungen in Ostdeutschland mein Beitrag argumentiert.
- Vor diesem Hintergrund werde ich anschließend den Begriffs des ‚intermediären Feldes‘ im Kontext des Handlungsbereichs der Stadterneuerung erläutern und damit zusammenhängend meine Forschungsfeld vorstellen.
- Danach werde ich den Gegenstand meiner Forschung darstellen - nämlich die ‚Community der Intermediären‘ - und dabei auch erläutern, welche Forschungsperspektive sich hinter dem Begriff der ‚Community‘ verbirgt.
- Ausgehend davon werde ich in einem vierten Schritt näher auf die inklusiv und exklusiv wirkenden Interaktionsprozesse in dieser Community eingehen und sie an Beispielen aus dem Feld illustrieren.
- Und zuletzt möchte ich ein Diskussionsangebot machen, was das Allgemeine in dem Besonderen meines Feldes sein könnte und das heißt in diesem Falle: Was das allgemein *Ostdeutsche* sein könnte - und zwar bezogen auf die ‚Bürgergesellschaft‘, die ja Thema dieser Tagung ist.

1. Die Entwicklung in Ostdeutschland als ‚nachholende Modernisierung‘ oder als ‚Terra incognita‘?

Ein Beitrag, der sich mit einem ostdeutschen Feld beschäftigt, muss zunächst einmal deutlich machen, aus welcher Sichtweise auf die Entwicklungen in Ostdeutschland heraus er argumentiert. In der sozialwissenschaftlichen Erforschung dieser Entwicklungen seit 1989/90 stehen sich vor allem zwei Sichtweisen gegenüber:

- Zunächst gibt es die dominierende Sichtweise, die von einer ‚Transformation‘ im Sinne einer ‚nachholenden Modernisierung‘ ausgeht. Dabei wird in der Regel auf ganz bestimmte Konzepte von Modernisierung verwiesen, nämlich auf solche, die sich eindeutig auf Gesellschaften nach westlichem Vorbild beziehen. Vor diesem konzeptionellen Hintergrund wird der Blick dementsprechend auf einen mehr oder minder zielgerichteten Übergang der ostdeutschen ‚Ausgangsgesellschaft‘ in die westliche ‚Ankunftsgesellschaft‘ gerichtet.
- Wie Rolf Reißig im letzten Jahr in seiner Bilanz der bisherigen sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung feststellt, gab es jedoch von Anfang an auch noch einen anderen wissenschaftlichen Ansatz, nämlich eine Betrachtung der Entwicklung Ostdeutschlands als „voraussetzungsvolle, prozessuale, eher offene, sich selbst organisierende Evolution, in der durch das Handeln der Akteure Eigenes und Neues entsteht und in der sich nicht intendierte Folgen für die kapitalistischen Industriege-

sellschaften abzeichnen“¹. Diese zweite Sichtweise nahm nach Reißig seit Mitte der 90er Jahren deutlichere Konturen an und erhielt mehr Zuspruch.

Auf welcher dieser Sichtweisen basiert nun mein Beitrag? Er geht davon aus, dass sich durch die Übertragung der systemrelevanten Institutionen tatsächlich eine ‚nachholende Modernisierung‘ im o.g. Sinne vollzog. Das heißt: Institutionen nach westlichem Vorbild prägen als Handlungsrahmen mittlerweile die Entwicklungen in Ostdeutschland. Gleichzeitig geht mein Beitrag davon aus, dass dieser ‚von drüben‘ implantierte, institutionelle Rahmen die konkreten Interaktionen der Akteure in ostdeutschen Entwicklungsprozessen nur bedingt bestimmt: Sie vollziehen sich vielmehr als offene Prozesse, die bisher weitgehend unbekannt sind - „Terra incognita“, wie das Christine Weiske kürzlich bezeichnet hat². Aus diesem Grund geht mein Beitrag und die ihm zu Grunde liegende Forschungsarbeit davon aus, dass die Entwicklungsprozesse in Ostdeutschland in erster Linie aus sich selbst heraus analysiert werden müssen und nicht vor der Folie westdeutscher Konzepte von Modernisierung, dass es jedoch wichtig ist, sie in den Rahmen einzuordnen, der ihnen im Zuge einer ‚nachholenden Modernisierung‘ der Institutionen auferlegt wurde.

2. Das intermediäre Feld eines ostdeutschen Stadterneuerungsprozesses als Forschungsfeld

In meiner Forschungsarbeit habe ich versucht, dies zu tun, und zwar für den Prozess der Stadtteilarbeit im intermediären Feld einer ostdeutschen Stadterneuerung.

Als ‚intermediäre Feld‘ wird ja - hier in einer Definition von Ulrich von Aleman - die komplexe Ebene „zwischen der Mikroebene des Bürgers, seinen unmittelbaren persönlichen Kontakten in Familie, peer group oder Arbeitsplatz, und der Makroebene der politischen Entscheidungsinstanzen, Parlament, Regierung, Verwaltung, Justiz“³ bezeichnet, in der eine Interessenvermittlung zwischen diesen Ebenen stattfindet. Für die Nachkriegsgeschichte der BRD gilt dabei, dass sich die Interessenvermittlung im intermediären Feld zunächst vor allem überlokal und über Parteien und Verbände, seit den 70er Jahren aber vermehrt auch lokal und über lokale Akteure bzw. die lokale ‚Bürgergesellschaft‘ vollzog. Ein Feld, in dem dies sehr deutlich wird, ist die Stadterneuerung. In der westdeutschen Erneuerung der Städte sind seit den 70er Jahren Aushandlungsprozesse im lokalen, intermediären Feld des Stadtteils immer wichtiger geworden und der unterstützende Einsatz von Stadtteilarbeit wurde immer mehr zum festen Bestandteil der planerischen Strategien. Dies kommt nicht von ungefähr, sondern markiert vielmehr das (vorläufige) Ende einer konfliktreichen Nachkriegsgeschichte der westdeutschen Stadterneuerung, die sich durch ein Wechselspiel von Protest und Reform auszeichnete: Geprägt von Konzepten und Praxen wie der Stadtteilarbeit als sozialrevolutionäres Konzept, den ‚Häuserkämpfen‘ der 70er und 80er Jahre und stadtteilbezogenen BürgerInneninitiativen ebenso wie von Konzepten und Praxen der Stadtteilarbeit im Rahmen der formal verfassten Politik und Verwaltung – Stichworte sind hier Bürgerbeteiligung, Sozialplanung in der Sanierung, Gemeinwesenarbeit und neuerdings vor allem ‚Quartiersmanagement‘. Dabei vollzog sich mit dem Bedeutungszuwachs von Stadtteilarbeit als Teil der Stadterneuerungspraxis ein zweifacher Anpassungsprozess: Die politischen und administrativen Institutionen wurden reformiert, die emanzipatorischen Ansätze und Protestbewegungen wurden in systemkonforme Muster integriert. Das ‚intermediäre Feld‘ war dabei nicht nur der konkrete „Ort der Handlung“⁴ für die lokalen Praxen von Stadtteilarbeit, sondern er stellte auch das Aushandlungsfeld auf überlokaler Ebene dar: Hier bündelten sich die einzelnen Initiativen zu übergreifenden Interessenvertretungen und hier fanden auch die Auseinandersetzungen mit den politischen und administrativen Institutionen auf Landes- und Bun-

¹ Reißig, 2000, S. 14.

² Auf der Tagung ‚Neue Länder – neue Sitten? Überlagerungen von Transformation und Globalisierung in ostdeutschen Städten‘ am 02./03.02.2001 in Chemnitz.

³ v. Alemann, 1994, S. 263.

⁴ vgl. Selle, 1996, S. 65.

desebene statt, an deren Ende der Eingang von ‚Stadtteilarbeit‘ in allgemeine Konzepte und Leitbilder stand. Seit der Vereinigung wandern diese Konzepte und Leitbilder der Stadtteilarbeit nun auch nach Ostdeutschland, oft transportiert über Förderprogramme wie URBAN oder ‚Die soziale Stadt‘. Und treffen dort auf ein lokales Feld, in dem es bis zur Wende keine Erfahrungen mit dem Interagieren innerhalb eines intermediären Feldes zwischen Bürgerschaft und Staat gab, erst recht nicht mit Stadtteilarbeit im westdeutschen Verständnis.

Und damit komme ich zu meiner Arbeit. Diese geht vor dem Hintergrund des bisher dargestellten davon aus, dass sich in diesen ostdeutschen Prozessen der Stadtteilarbeit innerhalb eines in Zuge einer ‚nachholenden Modernisierung‘ aus dem Westen übernommenen (und weitgehend aus dem Westen bekannten und erforschten) institutionellen und konzeptionellen Rahmens Prozesse vollziehen, die weitgehend unbekannt bzw. unerforscht sind, also ‚Terra incognita‘. Um sich dieser ‚Terra incognita‘ zu nähern, habe ich über einen Zeitraum von rund 3 ½ Jahren an einem Fallbeispiel aktivierende, ethnographische Feldforschung betrieben. Der ethnographische Forschungsansatz, der sich einer „Heuristik der Entdeckung des Unbekannten“⁵ unterwirft, sollte dabei helfen, die Muster zur Interpretation des Falles tatsächlich aus dem Feld heraus zu entwickeln und sich von westdeutsch geprägten Sichtweisen wie jener der ‚nachholenden Modernisierung‘ zu lösen. Das Feld war dabei die Stadtteilarbeit im Chemnitzer Brühl-Nordviertel. Das Brühl - Nordviertel wurde aufgrund einer ganzen Reihe von sozialen, baulichen, ökonomischen und ökologischen Problemen 1996 in das EU-Programm URBAN zur Revitalisierung besonders benachteiligter Stadtteile aufgenommen. Ein integraler Bestandteil des Programms war auch eine umfassende Stadtteilarbeit und so sind ab 1996 zahlreiche entsprechende Strukturen entstanden und Projekte durchgeführt worden. Das reicht von der Etablierung einer regelmäßig tagenden und offenen ‚Stadtteiltrunde‘ über die Eröffnung eines Stadtteilbüros und der Gründung einer Quartierszeitung bis hin zu kleineren Projekten in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern von der Berufsqualifikation bis zur Stadtteilgeschichte. Im Großen und Ganzen wird ihnen das allen bekannt vorkommen und ich brauche es nicht im Detail auszuführen⁶ - in Ihrer Grundstruktur ähneln sich solche Projekte der Stadtteilarbeit ja überall sehr stark.

In diesem Feld habe ich mich nun mit einem ganz bestimmten Gegenstand beschäftigt, nämlich der ‚Community der Intermediären‘.

3. Die ‚Community der Intermediären‘

Von besonderem Interesse war für mich nämlich, wie sich im Prozess der Akteurskreis der Stadtteilarbeit veränderte. Um im Bilde zu sprechen: Im Mittelpunkt stand für mich die Frage, welche Menschen im intermediären Feld am Spiel der Stadtteilarbeit beteiligt waren und welche lediglich das Publikum dieses Spiels darstellten. Dieses Bild ist nicht zufällig gewählt, sondern bezieht sich auf einen interaktionistischen Ansatz von Harold F. Kaufmann, der den Schwerpunkt zur Betrachtung einer Gemeinde auf deren „interactional field“ legt und dieses mit dem Bild einer Bühne „with the particular ethos of the local society determining the players and the plays“ beschreibt⁷. Das Feld kann nach Kaufmann dabei so aussehen, dass sehr viele am Drehbuch und der Aufführung beteiligt sind, es kann sich aber auch so darstellen: „The same persons are likely to appear again and again, while the others either sit passively as spectators, or are carrying on their limited-interest shows on other stages, unmindful of the community drama“⁸.

⁵ Amann / Hirschauer, 1997, S. 11.

⁶ Ausführlich ist die Stadtteilarbeit dokumentiert in Schmitt, 2000.

⁷ Kaufmann, 1959, S. 10.

⁸ ebd.

In meiner Arbeit folge ich diesem Ansatz von Kaufmann und betrachte den Kreis der Akteure nicht vor dem Hintergrund ihrer funktionalen Beziehungen zueinander, sondern unter dem Aspekt, dass es sich dabei um eine ‚Interaktionsgemeinde‘ handelt. Ich interessiere mich vor allem dafür, wie innerhalb dieses Kreises Bedeutungen für Dinge, Personen und Situationen ausgehandelt wurden und wie diese Aushandlungsprozesse den Kreis der Akteure gefestigt oder geschwächt haben⁹. Überträgt man die Spielmetapher von Kaufmann auf mein Feld, so können folgende Spielergruppen unterschieden werden:

- Zunächst die aktiven MitspielerInnen des Spiels der Stadtteilarbeit, also jene Akteure, die dauerhaft und umfassend oder auch nur für eine bestimmte Zeit und im Rahmen bestimmter Aktionen treibende Kräfte der Stadtteilarbeit darstellten. Diese Akteure stellten den harten Kern, den ‚inner circle‘ der Community dar. Dabei sagt die Kategorisierung als MitspielerIn nichts darüber aus, ob jemand der Stadtteilarbeit positiv oder negativ gegenübersteht. Wer die Stadtteilarbeit aktiv innerhalb des intermediären Interaktionsfeldes der Stadtteilarbeit bekämpft, ‚spielt‘ ja auch mit.
- Hiervon zu unterscheiden sind jene, die nur temporär in das Spiel einbezogen wurden, ohne wirklich selbst zu MitspielerInnen zu werden. Ihre Beteiligung glich eher jener, wenn etwa im Kabarett ein Mensch aus dem Publikum auf die Bühne geholt wird: Sein Spiel bleibt eine kurze Episode und er ist eigentlich froh, wenn er wieder in den ZuschauerInnenraum darf, was im Fall meines Feldes heißt: Raus aus dem intermediären Interaktionsfeld und zurück in das eigene ‚Medium‘ etwa der Stadtverwaltung, des Privaten oder der lokalen Ökonomie. Das war z. B. die Spielposition vieler Menschen aus der Verwaltung, wenn sie sich in das intermediäre Feld begaben, aber auch von jenen Menschen vor Ort, die sich eher als KonsumentInnen an das Stadtteilbüro wandten, bei Gestaltungswerkstätten mitwirkten oder an BürgerInnenversammlungen teilnahmen. Der Übergang von dieser Gruppe der ‚Einbezogenen‘ zu nur sehr temporär und passiv an der Stadtteilarbeit teilnehmenden MitspielerInnen ist fließend. Das entscheidende Element zur Unterscheidung ist der Wille, die Stadtteilarbeit mitzugestalten. Ist dieser nicht vorhanden, ist man eher einbezogen als mitspielend.
- Weiter entfernt von den Mitspielenden sind die interessierten ZuschauerInnen. Das sind jene, die zwar das Spiel verfolgen, aber nicht teil nehmen, auch nicht als Einbezogene. Die Menschen aus dieser Gruppe können dabei der Stadtteilarbeit ganz unterschiedlich gegenüberstehen. Sie können durchaus mit der Stadtteilarbeit sympathisieren, aber aus Angst, Trägheit oder ganz anderen Gründen nicht teilnehmen. Sie können sich der Stadtteilarbeit aber auch bewusst verweigern, also den Prozess ablehnend verfolgen, ohne ihn aktiv zu bekämpfen. Trotz ihrer Passivität sind auch die ZuschauerInnen als Teil der Community zu betrachten. Ich folge dabei Johannes Boettner, der ebenfalls eine Unterscheidung in Mitspielenden und Zuschauenden im Drama städtischer Interaktionen vornimmt, aber statt der Metapher der Bühne jene der Arena benutzt: „Alles, was in einer Arena geschieht, geschieht wirklich. Die Helden des öffentlichen Lebens sind keine von Schauspielern verkörperte Bühnenfiguren, die anzufeuern oder auszubuhnen ziemlich albern wäre. Ob sie ‚schöne Seelen‘ oder Vorstellungskünstler sind, ob sie ihr ‚wahres Gesicht‘ zeigen oder verbergen, sie treten als diejenigen vors Publikum, die sie sind, und darum ist ihr Verhalten von der Stimmung im Publikum nicht unabhängig. Akteure und Publikum spielen ihren Part in einem Drama, das nicht ‚aufgeführt‘, sondern ‚ausgetragen‘ wird und von dem, während es läuft, niemand sicher wissen kann, wie es weitergehen wird“¹⁰.

⁹ Dieser interaktionistische Ansatz erklärt auch, warum ich für diesen Kreis die Bezeichnung ‚Community‘ verwende und nicht z. B. ‚Netzwerk‘.

¹⁰ Boettner, 1996, S. 396.

Nicht Teil der intermediären Community sind die Außenstehenden, also jene, die gar nichts von der Stadtteilarbeit wissen oder denen das Drama schlicht egal ist. Bei jenen, die zumindest von der Existenz der Stadtteilarbeit wissen, ist hier der zentrale Unterschied zu den ZuschauerInnen jener, dass sie nicht mal ein Interesse daran haben, den Prozess zu verfolgen.

Im Verlauf meiner 3 ½ Jahre Feldforschung war die Community nun starken Veränderungen unterworfen, wobei zwei Tendenzen besonders wichtig waren:

- Zum einen wuchs die Zahl der Einbezogenen und der ZuschauerInnen. Das heißt: Im Laufe des Prozesses wurden die Gremien und Projekte der Stadtteilarbeit bekannter, mit mehr Interesse verfolgt und auch genutzt: Es kamen immer mehr Leute mit Fragen, Anregungen, Beschwerden oder anderen Anliegen ins Stadteilbüro, die Stadtteilzeitung wurde immer mehr gelesen, Veranstaltungen wurden immer besser besucht et cetera. Es lässt sich feststellen: Immer mehr Außenstehende wurden zu ZuschauerInnen, immer mehr ZuschauerInnen zu Einbezogenen.
- Dies war aus Sicht der MitspielerInnen natürlich sehr erfreulich. Noch erfreulicher wäre es allerdings gewesen, wenn sich diese Regel weiter vollzogen hätte, nämlich im Sinne von: Immer mehr ZuschauerInnen und Einbezogene werden zu aktiven MitspielerInnen. Dies war jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil lässt sich als zweite Tendenz von Bedeutung feststellen, dass sich der inner circle der Community nach einer recht dynamischen Anfangsphase von etwa anderthalb Jahren auf eine relativ feste Zusammensetzung einpendelte. Dabei wurde die Zahl der Aktiven kleiner, aber die Teilnahme verbindlicher, die Solidarität stärker, der Umgang miteinander vertraulicher.

Es stellt sich nun die Frage, welche Faktoren diese Tendenzen beeinflusst haben. Oder anders gefragt: Welche Faktoren als Inklusion und Exklusion gewirkt haben. Und damit bin ich bei meinem vierten Teil angelangt.

4. Inklusion und Exklusion durch Interaktion

Als Inklusion und Exklusion scheinen vor allem bestimmte Positionen gewirkt zu haben, die im inner circle der Stadtteilaktiven ausgehandelt wurden und sich dann auch auf die restliche Community auswirkten. Als dominierende Themen kann man zwei identifizieren, die in einem Satz aus dem Feld auf den Punkt gebracht wurden: „*Wer plant hier eigentlich für wen?*“.

- Darin steckt erstens die Frage, für WEN geplant wird. Sie zielt auf die Auswirkungen ab, die eine Planungsentscheidung auf unterschiedliche Menschen und Gruppen vor Ort hat bzw. darauf, wer von der Entscheidung Vor- und wer Nachteile hat. Im inner circle der Stadtteilaktiven war diese Frage recht bald ganz klar auf den Schutz der Interessen bestimmter sozial schwacher Gruppen ausgerichtet.
- Zweitens steckt darin die Frage, WER plant. Sie zielt auf das Verfahren ab, mit dem eine Planungsentscheidung getroffen wird. Als Position der Stadtteilaktiven bildete sich hier heraus, dass in das Entscheidungsverfahren über die weitere Entwicklung des Stadtteils möglichst viele der Menschen vor Ort eingebunden werden sollten – im Idealfall sollten die BewohnerInnen auch die EntscheiderInnen sein.

Dass gerade diese beiden Themen und Positionen dominierten, verblüfft nicht: Sie entsprechen dem Selbstverständnis von Stadtteilarbeit. Schon eher verblüffend hingegen ist die Abwägung im Feld *zwischen* den beiden Fragen: Es wurde deutlich, dass dem Schutz sozial Schwacher ein sein stärkeres Gewicht beigemessen wurde als der Demokratisierung – was sich vor allem dann auswirkte, wenn in konkreten Situationen eine Konkurrenz zwischen den beiden Positionen entstand. Und dies möchte ich ihnen an drei Beispiele aus dem Feld illustrieren.

Beispiel Zöllnerplatz

Bei meinem ersten Beispiel geht es um den Zöllnerplatz, einem Platz im Zentrum des Stadtteils, der schon seit längerer Zeit einen Treffpunkt für Wohnungslose darstellte. Als bekannt wurde, dass dieser Platz umgestaltet werden soll, waren sich zunächst die Aktiven der Stadteilarbeit und das Gartenamt als zuständige städtische Stelle einig, dass dabei eine intensive Bürgerbeteiligung stattfinden muss. Es wurde aber sehr schnell klar, dass die Vorstellungen im Detail sich stark unterschieden. Dissens gab es vor allem auf zwei Ebenen:

- Einerseits gab es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie ergebnisoffen das Beteiligungsverfahren sein sollte. Nach der Vorstellung der Stadteilaktiven sollten vor Ort mit einem „*weißen Blatt*“ Ideen gesammelt werden, um möglichst viel Spielraum zur Gestaltung zu erhalten. Dem Gartenamt hingegen war es wichtig, auch bereits im Vorfeld der Bürgerbeteiligung Nutzungen festzulegen bzw. auszuschließen – letzteres vor allem im Hinblick darauf, dass der Platz von zwei stark befahrenen Straßen begrenzt wird und dadurch aus ‚Sachzwängen‘ viele Nutzungen schlicht rechtlich nicht realisierbar waren.
- Dissens gab es aber auch bei der Frage, *wer* gezielt für eine solche Beteiligung gewonnen werden sollte. Den Stadteilaktiven ging es primär um die Einbindung der jetzigen NutzerInnen des Platzes. Die Neugestaltung sollte unter dem Motto „Integration statt Isolation“ dazu dienen, einen Ort der Begegnung gerade für die und mit den Wohnungslosen zu schaffen. Für das Gartenamt war es primär wichtig, mit der Platzumgestaltung das Umfeld aufzuwerten und neu zu beleben. Dementsprechend stand man der starken Konzentration auf die Wohnungslosen skeptisch gegenüber: Es wurde dargestellt, die jetzigen NutzerInnen seien ja nicht die einzigen, für die der Platz relevant sei, hier würden ja viele Geschäfte entstehen und dann kämen da auch ganz andere Leute hin. Und es sei auch eine Frage, ob die jetzigen NutzerInnen dann den Platz überhaupt noch weiter nutzen wollten.

Trotz dieser Uneinigkeiten wurde schließlich von den Stadteilaktiven eine Werkstatt auf dem Platz durchgeführt: Die beteiligten Wohnungslosen blieben zwar relativ passiv, aber es konnten nicht zuletzt durch massive Motivationsarbeit einen ganze Reihe von Ideen gesammelt werden. Die Umsetzung dieser Ideen scheiterten dann aber letztendlich fast alle an den vom Gartenamt ja bereits angekündigten ‚Sachzwängen‘. Das heißt: Zuletzt blieb fast nichts übrig von den Wünschen der Wohnungslosen.

Soweit, so schlecht. Interessant ist aber nun, wie das Projekt im inner circle der Stadteilaktiven diskutiert wurde. Der Verlauf des Projekts wurde als sehr enttäuschend empfunden, wobei sich die Kritik meist darauf bezog, dass hier der Versuch eines demokratischen Verfahrens gescheitert sei. Ich glaube hingegen, dass diese Kritik nicht den Kern dessen trifft, was die Stadteilaktiven am Ergebnis des Projektes eigentlich bemängelten. Es ging ihnen nämlich aus meiner Sicht weniger darum, dass bürgerschaftliche Ideen allgemein im Konzept nicht berücksichtigt wurden, sondern dass ganz bestimmte Gruppeninteressen, nämlich jene der Wohnungslosen, nicht berücksichtigt wurden. Aufgrund vieler Gespräche im Feld vermute ich, dass hier eher das Gartenamt die Mehrheitsmeinung im Stadtteil repräsentierte. Und umgedreht: Ich vermute, dass das Gartenamt, wenn es die Ideen der Wohnungslosen direkt übernommen und dann ganz hoheitlich-autoritär umgesetzt hätte, mit der Unterstützung der Stadteilaktiven hätte rechnen können.

Beispiel Ballspielplatz

Bei meinem zweiten Beispiel geht es um ein Projekt, das im inner circle der Community als ausgesprochen gelungen betrachtet wurde: Da es immer wieder Klagen von Jugendlichen gab, dass im Stadtteil keine öffentlichen Ballspielplätze existieren, wurde vom Sanierungsträger die Idee ins Leben gerufen, gemeinsam einen solchen zu errichten. Diese Idee konnte durch die Zusammenarbeit vieler Akteure verwirklicht werden: Der Sanierungsträger stellte die Fläche zur Verfügung, eine lokale Bank sponsorte das Projekt, der Umbau erfolgte über das ASS-Projekt eines lokalen Vereins und die Konzeption in enger Zusammenarbeit mit der Streetwork eines alternativen Jugendzentrums. Die Stadtteiltrunde begleitete das Projekt von Anfang an und der Ballspielplatz wurde nach der Eröffnung von den Kindern und Jugendlichen des Stadtteils sehr gut angenommen. Ein scheinbar gelungenes Projekt - alles da: Es wurden ganz unterschiedliche Akteure vernetzt und es wurde ein echtes Manko im Stadtteil beseitigt, viel schneller, als man das über die städtische Bürokratie hätte bewältigen können. Soweit, so gut.

Aber: Noch während der Umbauphase gingen im Stadtteilbüro die ersten Beschwerden aus der Nachbarschaft des künftigen Ballplatzes ein, dass es keine Bürgerbeteiligung gegeben habe, weder von Seiten des Stadtteilbüros noch von Seiten des Sanierungsträgers. Und als der Platz fertig war, wurde dem Stadtteilbüro eine Unterschriftenliste übergeben, in der dargestellt wurde, der Ballspielplatz habe die Wohnqualität der Nachbarschaft erheblich verschlechtert und von Jugendlichen berichtet wurde, die sich dort *„allabendlich treffen und bis Mitternacht Ball spielen, Alkohol trinken und Lärm verursachen“*. Schließlich erreichte die Stadtteiltrunde auch noch ein OB-Schreiben von einer Familie aus der Nachbarschaft, das mit *„Dies ist ein Hilferuf“* überschrieben war und endete mit: *„Bitte helfen Sie, dass aus diesem Viertel kein Ghetto wird und wir wieder ohne diese Ängste unser Haus betreten und verlassen können“*. Der Ballspielplatz war dabei zwar nur ein Kritikpunkt neben anderen (in der Nachbarschaft wurden insgesamt vom Sozialamt gezielt Problemfälle einquartiert), aber ein zentraler.

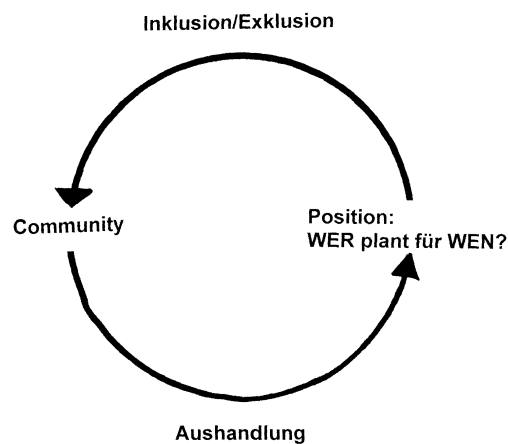
Diese Beschwerden und Ängste wurden zwar im Kreis der Stadtteilaktiven diskutiert, aber nicht wirklich ernst genommen. Die Jugendlichen, die sich da abends trafen, wurden nämlich vom inner circle der Stadtteilaktiven als sozial schwach und damit ‚schützenswert‘ eingeschätzt. So wurde z. B. immer wieder argumentiert, dass man mit Bürgerbeteiligung möglicherweise den Ballplatz nicht hätte realisieren können. Es wurde dargestellt, man müsse erst mal prüfen, was in den Beschwerden *„Dichtung“* und was *„Wahrheit“* sei. Und es wurde auch gefordert, man müsse klarmachen, auf *„wessen Seite“* man stehe. Und damit war natürlich gemeint: Auf der Seite der Jugendlichen. Es gab zwar auch Gegenstimmen, im Endeffekt wurden aber die Beschwerden, die ja nichts anderes waren als das immer wieder gewünschte ‚bürgerschaftliche Engagement‘, von den Stadtteilaktiven mehr oder minder ignoriert.

Beispiel Wohnprojekt

Und noch ein letztes Beispiel, das die Dominanz des Randgruppenschutzes gegenüber einem mehrheitsdemokratischen Verfahren für den inner circle der Community ganz deutlich macht: Dabei geht es um ein Wohnprojekt für ehemalige Langzeitwohnungslose, das sein altes Domizil verlassen musste und ein anderes Mietobjekt im Stadtteil angeboten bekommen hatte. Der Leiter war offensichtlich schon von der neuen Beteiligungskultur angesteckt und lud daraufhin die künftige Nachbarschaft zu einer AnwohnerInnenversammlung ein. Diese verlief dann allerdings anders als von ihm und den Stadtteilaktiven erhofft. Die anwesenden AnwohnerInnen und EigentümerInnen legten eine ausgesprochen aggressive Stimmung an den Tag und machten sofort deutlich, dass sie sich in keinem Fall mit dem Wohnprojekt in der Nachbarschaft abfinden würden. Dabei waren ihre Argumente keinesfalls aus der Luft gegriffen: So erzählte z. B. einer der Hausbesitzer, er sei jetzt schon verschuldet und habe jetzt schon Leerstand. Wenn in der Nachbarschaft das Wohnprojekt einziehe, dann habe er Angst, dass noch mehr Mieter ausziehen würden und das sei dann sein Ruin. Diese Befürchtung scheint durchaus berechtigt, denn tatsächlich drohten auf der Versammlung einige MieterInnen mit Auszug, falls das Wohnprojekt kommen sollte (zur Erläuterung: Chemnitz ist ja eine Stadt mit schrumpfender EinwohnerInnenzahl, d.h. es gibt ein Überangebot an Wohnungen und es sind die VermieterInnen, die um die MieterInnen buhlen müssen, nicht umgekehrt).

Nach dieser Versammlung wurde der Standort für das Wohnprojekt aufgegeben. Nachdem man eine solche Versammlung durchgeführt hatte, konnte man natürlich die Anti-Haltung der NachbarInnen nicht mehr ignorieren. Statt dessen wurde ein neues Objekt in einer anderen Straße ins Auge gefasst. Für den Leiter war jedoch klar, dass er da nicht noch mal eine AnwohnerInnenversammlung durchführen würde.

Soweit meine Illustrationen. Wie hängt dies nun mit der Frage nach Exklusionen und Inklusionen zusammen? Die starke Gewichtung der sozialen Frage spielte zunächst eine wichtige Rolle für die Festigung des inner circle der Stadtteilaktiven. Sie führte dazu, dass im Prozessverlauf auch Leute zu diesem stießen, die zu Beginn der Stadtteilarbeit eher skeptisch gegenüber gestanden hatten, weil sie vermuteten, dass dort primär die Interessen ‚Privilegierter‘ vertreten würden. Umgedreht wirkte sie aber auch als Exklusion: Menschen, die nicht primär an sozialen Zielen orientiert waren, etwa die Mitglieder eines Händlervereins im Gebiet, wandten sich zum Teil von der Stadtteilarbeit ab bzw. wurden von den Aktiven des inner circle ausgegrenzt. Aber die starke Gewichtung der sozialen Frage und die damit zusammengehende Festigung des inner circle wirkten sich auch auf den Kreis der Einbezogenen aus: Sie schaffte z. B. Vertrauen bei denen, die sich selbst von sozialen Krisenlagen bedroht sahen, Misstrauen z. B. bei denen, welche die Meinung vertraten, erfahrungsgemäß scheitere - noch einmal ein Feldzitat - „die Mischung von sozialen Randgruppen und Mittelstand in einem Stadtgebiet an der Abwanderung des Mittelstandes“.



Alles in allem bekam die Stadtteilarbeit in meinem Feld immer mehr den Charakter eine Art Anwaltsplanung, bei der sich ein eher kleiner Kreis von Aktiven stark für die Berücksichtigung der Interessen von bestimmten Randgruppen und für die Etablierung von Projekten und Dienstleistung für diese Gruppen einsetzte.

Zusammenfassend ergibt sich für mich folgende Muster zur Beschreibung des Feldes: In einem interaktiven Prozess wurden innerhalb der intermediären Community der Stadtteilarbeit die Positionen gefestigt,

- dass eine Demokratisierung der Entscheidungsverfahren zwar wünschenswert ist, es aber bestimmte Forderungen gibt, die nicht ‚verhandelbar‘ sind, sondern Prämissen,
- dass zu diesen Prämissen insbesondere der Schutz sozialer Rechte für alle Gesellschaftsmitglieder gehört und
- dass der Staat der zentrale Akteur ist, der diese Prämissen im Zweifelsfalle durchzusetzen hat.

Diese Positionen wurden im Projektverlauf im inner circle der Stadtteilaktiven immer mehr verbindlich und wirkten so als Inklusion oder Exklusion, und zwar sowohl in Bezug auf den inner circle selbst als auch in Bezug auf die Community insgesamt.

4. Das Allgemeine (Ost) im Besonderen

Wie immer bei Fallbeispielen stellt sich nun die Frage: Was ist das Allgemeine im besonderen Feld? Was ist übertragbar? Und da heißt in meinem Fall natürlich vor allem: Was ist auf Ostdeutschland insgesamt übertragbar? Wo zeigen sich spezifisch ostdeutsche Muster? Um diese Frage empirisch zu beantworten, müssten entsprechende Vergleichsstudien in anderen ostdeutschen Feldern und auch in westdeutschen Prozessen der Stadtteilarbeit durchgeführt werden. Die gibt es aber zumindest in dieser Form meines Wissens bisher nicht. Nur ein Feld zu beschreiben ist aber natürlich für Sie wie für mich unbefriedigend. Ich möchte Ihnen daher ein Angebot zur Diskussion stellen, was das ostdeutsche Allgemeine in meinem Feld sein könnte, und angesichts des Themas der Tagung soll es natürlich ein Angebot sein, das sich auf die Bürgergesellschaft bezieht.

Schaut man sich die Ergebnisse aus dem Feld an, so wird deutlich, dass dort Positionen gestärkt wurden, die wenig dem entsprechen, was man derzeit unter dem Konzept ‚Bürgergesellschaft‘ diskutiert. Eher sind das ja Forderungen nach einem starken Wohlfahrtsstaat. Als entscheidende Frage im Feld wirkte weniger jene, ob alle das gleiche zu sagen haben (oder zumindest genug zu sagen haben), sondern vielmehr jene, ob alle das gleiche haben (oder doch wenigstens genug haben). Das verblüfft zunächst vor allem deshalb, weil es ja u.a. die Bedeutung der ‚Zivilgesellschaft‘ als „Leitidee der oppositionellen Strategien in Mittel- und Osteuropa“¹¹ und als Gegenentwurf zu dem patriarchalen und ‚unpolitischen‘ Staaten des real existierenden Sozialismus war, dem der Begriff auch im Westen zu einem guten Teil seine Renaissance verdankt. Gerade in einem ostdeutschen Feld wäre doch daher zu erwarten, dass sich die Forderungen sehr stark auf die Möglichkeiten des öffentlichen Austauschs, des Sich-Einmischens beziehen. So, wie es der polnische Historiker Bronislaw Geremek auf dem vierten Castelgandolfo-Gespräch 1989 unter dem Titel „Die Civil Society gegen den Kommunismus: Polens Botschaft“ dargestellt hat: „Sie hier im Westen haben uneingeschränkt die liberale Demokratie. Was sie anstreben, sind die anderen Elemente: Brüderlichkeit, Solidarität, Gemeinschaft. Bei uns im Osten ist es genau umgekehrt: Gemeinschaft und Solidarität, das haben wir; was wir anstreben, ist die Demokratie“¹².

Habe ich also Pech gehabt und ein ostdeutsches Ausnahmefeld untersucht? Ich glaube kaum. Ich denke, mein Feld zeigt durchaus typische Muster darin, dass für die Community eben gerade nicht das Priorität hat, was in der DDR *fehlte*, also insbesondere die Möglichkeit einer gleichberechtigten Aushandlung von Entscheidungen, sondern das, was es in der DDR *gab* und was man jetzt *vermisst*. Nämlich vor allem die soziale Sicherheit und Gerechtigkeit der DDR. Dies könnte darauf hindeuten, dass das Priorität genießt, was die Akteure im Laufe ihres Lebens als gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten verinnerlicht haben.

Das Agieren in einem intermediären Bereich ist bis heute nicht nur für die meisten im Feld ungewohnt, sondern für viele sogar suspekt. Das politische System der DDR kannte keine Politikvermittlung zwischen Bürger und Staat in einem intermediären Bereich. Dem westlichen Gesellschaftsprinzip des „Vielen“ wurde - wie Weinert das nennt - das Prinzip des „Einen“ entgegengesetzt: „Einheit im Sozialismus wurde als die historisch endgültige Überwindung von Partikularinteressen aufgefasst, die durch die Partei repräsentiert wurde“¹³. Es ging nicht um ‚Aushandeln‘, sondern um Prämissen, um die ‚Wahrheit‘. Auf einen öffentlich geführten Aushandlungsprozess mit außerhalb der Partei agierenden Initiativen konnte sich der Staat nicht einlassen, ohne das eigene Grundprinzip in Frage zu stellen, das eben lautete: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht, (...) denn wer für das Recht kämpft, hat immer recht, gegen Lüge und Ausbeuterei“¹⁴. Diese Konzentration auf ‚Wahrheiten‘ statt auf Aushandlungsergebnisse findet sich in meinem Feld ja wieder, aber keinesfalls nur bei denen,

¹¹ Thaa, 1996, S. 159.

¹² Geremek, 1991, S. 265.

¹³ Weinert, 1995, S. 243.

¹⁴ So beginnt der Refrain des Liedes „Die Partei“ von Louis Fünberg aus dem Jahre 1950 (zitiert nach Reiher, 1996, S. 222).

die sich den Positionen der Partei immer noch verbunden fühlen, sondern bei sehr vielen Aktiven der Community und insbesondere auch bei denen, die biographisch mit den oppositionellen Gruppen der DDR verbunden waren. Auch ihnen ging es allerdings bereits in der DDR sehr stark um die ‚Wahrheit‘, wenn auch um eine andere als die der Partei¹⁵. Die demokratische Frage im Sinne einer Mehrheitsdemokratie hatte hingegen auch für sie nie eine wirklich wichtige Rolle gespielt: In DDR-Zeiten war die Masse angepasst und man blieb eher ein elitäres Häuflein, in der Wendezeit musste man erleben, wie die Mehrheitsbevölkerung die eigenen Ziele über den Haufen rannte. Die Aktiven aus diesem Umfeld sind auch heute noch oft von Ihrer ‚Ich lasse mich nicht verbiegen‘-Biographie geprägt. Mit dem Aushandlungscharakter von Entscheidungsprozessen in einem ‚intermediären‘ Bereich tun sie sich schwer und empfinden ein Einlassen auf denselben schnell als Verrat.

Ein ostdeutsches Muster in meinem Feld könnte also darin bestehen, dass das Vorhandensein partizipativer Entscheidungsverfahren für die Akteure des Feldes keine verinnerlichte Selbstverständlichkeit ist, ihr Fehlen somit zwar als bedauerlich wahrgenommen wird, aber nicht als Skandal, sondern eher als Normalität. Zwar gab es eine kurze euphorische Phase der Basisdemokratie in der Wendezeit, diese hatte sich jedoch rasch erledigt und wurde wohl nicht lange genug erlebt, um verinnerlicht werden zu können: *„Die einzige Zeit in meinem Leben, in der wirklich Demokratie gewesen ist, war die Zeit vor der Wiedervereinigung, wo alle miteinander diskutiert haben und sich an runden Tischen getroffen haben. Nach der Wiedervereinigung war’s dann ja sofort wieder rum mit der Demokratie“*, hat ein Stadtteilaktiver das Empfinden sehr vieler in meinem Feld auf den Punkt gebracht.

Und ebenso könnte ein ostdeutsches Muster darin liegen, dass das Vorhandensein von sozialer Sicherheit und sozialen Rechten sehr stark verinnerlicht wurde und deren zunehmender Verlust seit der Wende daher als Skandal wahrgenommen wird. In der DDR sollte eine unfreiwillige Ausgrenzung aus der Gesellschaft ja verhindert werden und die Sicherung sozialer Rechte und die soziale Integration von allen, die sich nicht weigerten, hatte oberste Priorität. In meinem Feld wird deutlich, dass für die meisten Stadtteilaktiven diese Priorität weiter Bestand hat. Dabei müssen sie den Widerspruch bewältigen, dass sie die Verteidigung sozialer Randgruppen und sozialer Gerechtigkeit eigentlich ausdrücklich für eine Aufgabe des Staates halten. Bei ihren eigenen Aktivitäten in der Stadtteilarbeit empfinden sich die AktivistInnen dann häufig als Lückenbüßer eines neuen Staates, der seiner sozialen Verantwortung nicht mehr nachkommt. Dass soziale Forderungen ausgehandelt und die Interessen von sozialen Schwachen gegen jene von anderen Bevölkerungsgruppen abgewogen werden sollen, ist für viele von vornherein ein Unding. Soziale Ungleichheit wird als Unrecht empfunden und bei Unrecht gibt es eben keine Diskussion.

Ich glaube daher: Was sich in meinem Feld findet, ist ein Phänomen, dass in Ostdeutschland weit verbreitet ist: Dem Konzept der ‚Bürgergesellschaft‘ begegnet man heute mit gehöriger Skepsis, umso mehr, weil es von den politischen RepräsentantInnen der Republik mittlerweile ja gerne als Lösung für alles und jedes herangezogen wird. Anekdotenhaft wird das in der kleinen Episode auf den Punkt gebracht, die in der Illustrierte Stern über die Reise des Kanzlers Schröder durch den Osten der Republik im Sommer 2000 zu lesen war: Es wird dabei über ein Treffen berichtet, bei dem Schröder sich mit einer wild zusammengewürfelten Gruppe elf ostdeutscher Autoren trifft, die ihn tüchtig in die Mangel nehmen und fragen, was er zu tun gedenke: Gegen gekürzte Kulturetats, gegen zunehmenden Rechtsradikalismus, gegen eine „Seuche wie Pokémon“ et cetera: „Und als Schröder, man ist schließlich unter intellektuellen Leuten, zu einem kleinen Exkurs über die Bürgergesellschaft ansetzt, unter-

¹⁵ Insbesondere für die oppositionellen Gruppen im Umfeld der Kirche spricht Dieter Rink von einem „gelebten Ethos der Übereinstimmung von Wort und Tat, der Praktizierung partizipativer und ökologischer Vorstellungen sowie der Respektierung individueller Ansprüche“ und erläutert: „Die Folie dessen war die Kluft zwischen dem von der SED propagierten Ideal und der erlebten Wirklichkeit, der Verweigerung demokratischer Mitsprache und -entscheidung, aber auch das hemmungslose Konsumstreben der ‚Masse‘. Diese Abgrenzung war allerdings zugleich eine Quelle der Distinktion und elitärer Ansprüche auf moralische Führung“ (Rink, 1997, S. 57).

bricht ihn Marion Titze-Kleinschmidt: Was sein Gerede solle von Partizipation und so, das seien doch nur ‚Phrasen der Mächtigen‘ – sie zumindest brauche keinen Zweitwagen“¹⁶.

Wie ist diese Skepsis nun zu bewerten? Ich glaube, dass diese Skepsis durchaus berechtigt ist, und zwar keinesfalls nur für den Osten der Republik. Man muss nämlich m.E. bei der Diskussion um die ‚Bürgergesellschaft‘ aufpassen, dass über eine breitere und alltagsnähere Beteiligung der BürgerInnen an Verfahren der Entscheidungsfindung nicht das Schicksal der ‚überflüssigen‘ Minderheiten vergessen bzw. wegverhandelt wird. Oder anders gesagt: Dass über die Neudefinition der politischen Bürgerrechte im Sinne diverser, normativer Konzepte von ‚Bürgergesellschaft‘ nicht jene sozialen Bürgerrechte vergessen werden, die ja kein originäres Kind der DDR sind, sondern die bereits lange vor Gründung der DDR und sogar lange vor Lenins Revolution im Mittelpunkt der ArbeiterInnenbewegung standen. Und die seit dem Ende der Systemalternative nicht nur im Osten, sondern auch im Westen dramatisch an Bedeutung verloren haben. Jetzt könnte man natürlich sagen: Die soziale Frage klärt sich doch automatisch, wenn alle mitbestimmen dürfen. Dem ist aber nicht so. Die Mehrheit im beginnenden Jahrtausend denkt nicht sozial. Dass Politik gegen soziale Ungleichheit heute eine Politik für Minderheiten ist, haben Häußermann und Siebel schon 1993 dargestellt¹⁷. Insofern ist die Bemerkung von Marion Titze-Kleinschmidt zu Kanzler Schröder, Bürgergesellschaft und Partizipation seien doch nur Phrasen der Mächtigen, so falsch auch wieder nicht.

Das gilt auch und gerade für die Stadtteilarbeit. Das Ideal der win-win-solution des Quartiersmanagements ist wohl häufig eine Illusion, wenn es um die derzeit wieder in lange nicht gekannter Schärfe aufkommenden Verteilungskämpfe geht. Alexander Milanés hat dies auf dem letztjährigen Soziologentag in Köln an einem Beispiel auf den Punkt gebracht: „Es wird unter den gegebenen mikropolitischen Bedingungen einer medialisierten Großstadtgesellschaft schwerer, so etwas wie Spritzentauschstationen für Junkies zu etablieren. Da schlägt einem der blanke Volkszorn entgegen!“. Fazit: Die Gefahr, die für die Stadtteilarbeit Ost von der Dominanz der sozialen Frage ausgeht, liegt auf der Hand: Sie droht zur reinen Stellvertreterpolitik für artikulationsschwache Minderheiten zu werden und dabei im schlimmsten Fall auch noch einem undemokratischen und paternalistischen Handeln von Politik und Verwaltung das Wort zu reden. Umgedreht scheint hier aber auch eine größere Sensibilität gegenüber bestimmten Tendenzen der Stadtteilarbeit zu bestehen, die ja mittlerweile immer öfters auch in Westdeutschland kritisiert werden und die Martin Reeh für Berlin in der Zeitschrift ‚Jungle World‘ folgendermaßen beschreibt: „Stadtteilarbeit an der Basis ist out, Bezirks-PR in. Das nennt sich Quartiersmanagement und will nicht die Armut, sondern nur deren Sichtbarkeit anschaffen“¹⁸

Und damit möchte ich die Diskussion eröffnen.

¹⁶ Borchers, 2000, S. 38.

¹⁷ Vgl. Häußermann / Siebel, 1993, S. 26.

¹⁸ Reeh, 2001, S. 23.

Literatur

Alemann, Ulrich von (1994): Parteien und Interessenorganisationen in der pluralistischen Demokratie. In: Alemann, Ulrich von / Loss, Kay / Vowe, Gerhard (Hrsg.): Politik. Eine Einführung. Westdeutscher Verlag. Opladen. S.257 – 317.

Amann, Klaus / Hirschauer, Stefan (1997): Die Befremdung der eigenen Kultur. Ein Programm. In: Diess. (Hrsg.): Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie. Suhrkamp. Frankfurt am Main. S. 7 - 52.

Boettner, Johannes (1996): Arena in der Arena. Das öffentliche Leben der Stadt und die Fallstricke städtischer Öffentlichkeitsarbeit. In: Publizistik. Vierteljahressheft für Kommunikationsforschung. 41. Jg (1996), Heft 4. S. 391 - 408.

Borchers, Andreas (2000): Szenen einer Sommerreise. Schröders Road-Show. In: Stern 37/2000 vom 7.9.2000

Geremek, Bronislaw (1991): Die *Civil Society* gegen den Kommunismus: Polens Botschaft. In: Michalski, Krzysztof (Hrsg.): Europa und die Civil Society. Castalgandolfo-Gespräche 1989. Klett-Cotta. Stuttgart. 1991. S. 264 – 273.

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik. In: Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. LEVIATHAN Sonderheft 13/1993. Westdeutscher Verlag. Opladen. S. 7 – 31.

Kaufmann, Harold F. (1959): „Toward an interactional conception of community“. In: Social Forces. A Scientific Medium of Social Study an Interpretation. Vol. 38, No. 1 (Oktober 1959). S. 8 - 17.

Reeh, Martin (2001): Neukölln? Rixdorf! Stadtteilarbeit an der Basis ist out, Bezirks-PR in. Das nennt sich Quartiersmanagement und will nicht die Armut, sondern nur deren Sichtbarkeit anschaffen. In: Jungle World, Heft 2/2001. S. 23.

Reiher, Ruth unter Mitarbeit von Antje Baumann, Sabine Grünert und Christian Willig (Hrsg.)(1996): Mit sozialistischen und anderen Grüßen. Porträt einer untergegangenen Republik in Alltagstexten. Aufbau-Verlag. Berlin.

Reißig, Rolf (2000): Die sozialwissenschaftliche Transformations- und Vereinigungsforschung – der Erkenntnis- und Ertragswert. In: BISS public, Heft 30. S. 7 – 29

Rink, Dieter (1997): Ausreiser, Kirchengruppen, Kulturopposition und Reformen. Zu Differenzen und Gemeinsamkeiten in Opposition und Widerstand in der DDR in den 70er und 80er Jahren. In: Pollack, Detlef / Rink, Dieter (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970 - 1989. Campus Verlag. Frankfurt am Main, New York. S. 54 – 77.

Schmitt, Jürgen (2000): „Lokale Beteiligung“ im Rahmen des URBAN-Programmes „Brühl-Nordviertel“ in Chemnitz 1996 – 1999. Schriftenreihe Stadt – Land – Fluss: Beiträge zum sozialen Raum. Arbeitspapier 003. Chemnitz.

Selle, Klaus (1996): Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 69. Dortmund.

Thaa, Winfried (1996): Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989. Leske + Budrich. Opladen.

Weinert, Rainer (1995): Intermediäre Institutionen oder die Konstruktion des „Einen“. Das Beispiel DDR. In: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Westdeutscher Verlag. Opladen. S. 237 – 253.